

KOMMENTAR Hansmartin Schmid über die Lage nach dem Scheitern des Rahmenabkommens

# Der Kern des Widerstandes ist die Personenfreizügigkeit

**N**och immer, so berichten die Medien, rätsle man im Bundeshaus darüber, was denn den Bundesrat nach längstem Hin und Her jetzt plötzlich dazu gebracht hat, den Schlussstrich unter das geplante Rahmenabkommen mit der Europäischen Union (EU) zu ziehen. Und schon sollen gar einige Leute an einer neuen Dolchstoss-Legende stricken, wonach es die «böse», rechte Bundesratsmehrheit aus SVP und FDP gewesen sei, die dem Abkommen den Todesstoss versetzt habe. Dabei wird geflüchtig übersehen, dass der bundesrätliche Stich ins europolitische Herz ohne den Widerstand der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Linken niemals möglich geworden wäre. Ohne den konsequenten und hartnäckigen Widerstand der Gewerkschaftsführer und einiger führender Sozialdemokraten gegen das Rahmenabkommen wegen der möglichen Gefahren für die Schweizer Löhne hätte es diese Rechtsmehrheit im Bundesrat nie und nimmer gewagt, das schon ausgehandelte Rahmenabkommen vom Tisch zu wischen.

Damit ist aber auch überdeutlich, wo letztlich der eigentliche Kern des Widerstandes sitzt. Es ist nicht der mögliche Verlust an schweizerischer Souveränität, der mehr die Völkerrechts- und Staatstheoretiker als das allgemeine Volk interessiert. Es sind nicht die eventuellen «fremden Richter», die bei den äusserst seltenen Streitfällen zum Zuge gekommen wären, den Mann und die Frau auf den schweizerischen Strassen aber kalt gelassen hätten. Es sind nicht die dann möglicherweise verbotenen Staatsgarantien für die Kantonalbanken, von denen ausser den Spezialisten niemand so recht weiss, wie sie funktionieren. Es war und ist einmal mehr die Personenfreizügigkeit, die Zuwanderung, die von der EU geforderte weitere Öffnung des Arbeitsmarktes und die Gefahr der Einwanderung in die Sozialsysteme, die in der Schweiz Rechte und Linke zusammengeführt und diesen Abbruch erzwungen haben.

Die EU selbst kränkt ja an dieser Personenfreizügigkeit und den Gefahren der Zuwanderung. Ohne diese realen Gefahren durch die Personenfreizügigkeit wäre es niemandem zum Brexit gekommen. Wegen dieser Gefahren ist man sich zwischen den Staaten der EU völlig uneinig

über die Aufnahme der flüchtenden oder wandernden Menschen. In ihrem aufsehenerregenden Buch «Die Selbstgerechten» schreibt die deutsche Linksdenklerin Sahra Wagenknecht dazu: «Aus gutem Grund hat selbst die Europäische Union darauf verzichtet, allen EU-Bürgern das Recht auf Zugang zu sozialen Leistungen in anderen europäischen Ländern einzuräumen, soweit die Ansprüche nicht durch



«Abkommen mit der EU sind äusserst wichtig – aber nicht dieser Rahmen.»

eigene Arbeit erworben werden. Denn eine Offenheit der Sozialsysteme hätte dramatische Folgen gehabt.» Also genau das, was der Bundesrat gegen die mögliche Übernahme der Unionsbürger-Richtlinie gesagt hat: Sozialleistungen nur für denjenigen, der hierzulande arbeitet, nicht für alle einwandernden EU-Bürger.

Kommt hinzu, dass die EU bei ihrem Druck auf die Schweiz mit gezinkten Karten gespielt hat. Sie hat zu Recht betont, für jene Sektoren, in denen die Schweiz am europä-

ischen Binnenmarkt teilhaben muss, sie sich an die EU-Regeln halten und europäische Gerichtsbarkeit akzeptieren. Sie hat gleichzeitig zur Bürgerrechtslinie gesagt, die vier grossen Freiheiten von Menschen, Gütern, Kapital und Dienstleistungen seien ihr heilig und völlig unverrück- und unverhandelbar. Akzeptiert. Doch sie hat dabei vergessen, dass die vier Freiheiten und Pflichten eben nur für ihre Mitglieder gelten. Und die Schweiz ist eben genau dies nicht!

Deshalb sollte in Brüssel und Bern gelten: Die Schweiz hat als Drittstaat nur einen Vertragsentwurf schubladisiert, nicht das ganze Verhältnis zur EU aufgekündigt. Vielleicht bietet der gegenwärtige Stillstand sogar auch die Möglichkeit, dieses Verhältnis, das seit den ersten Bilateralen durch die diversen Guillotine-Klauseln, Paketlösungen und den Wildwuchs der Verträge in eine völlig verquere Schieflage geraten ist, zu reinigen und auf eine klare Grundlage zu stellen. Dazu könnte auch ein neues, besseres ... Rahmenabkommen dienen!

HANSMARTIN SCHMID, Dr. phil., ist nach 30 Jahren Print- und 20 Jahren Fernseh-Journalismus seit 1998 für das BT als Kolumnist tätig.

GASTKOMMENTAR

# Warum die Feste von gestern heute noch feiern?

► BIRGIT JEGGLE-MERZ über den Zugang zu kirchlichen Festen

**Z**ehn Tage nach Pfingsten feiert die Römisch-katholische Kirche «Fronleichnam», das «Hochfest des Leibes und Blutes Christi». An einigen Orten unseres Landes ist dieses Fest tief in der Frömmigkeit verankert. Besonderes Kennzeichen von Fronleichnam sind dabei die Prozessionen, bei denen das Allerheiligste, also der in der Gestalt des Brotes als gegenwärtig geglaubte Christus durch die Strassen und Flure getragen wird. Vielen Zeitgenossinnen und Zeitgenossen ist das hier Gefeierte allerdings recht fremd, selbst wenn sie eigentlich katholische Wurzeln hätten. Schon der Name des Festes «Fronleichnam» verdunkelt mehr, als er erhellt. Was an diesem Tag gefeiert wird, ist nicht unmittelbar verständlich.

Bei vielen anderen Festen im kirchlichen Kalender ist dies nicht viel anders. Auch hier ist der Bezug nicht selbstverständlich gegeben. Was feiern die Christinnen und Christen an Pfingsten? Oder am Hohen Donnerstag, an Karfreitag, in der Osternacht? Von allen Festen ist Weihnachten vielleicht noch am meisten vertraut, wohingegen die Feste «Darstellung des Herrn», «Kreuzerhöhung» oder «Christkönig» vermutlich Achselzucken hervorrufen, würde man nach deren Inhalt fragen. Wenn diese Feste vielfach dem Menschen von heute fremd geworden sind, warum sollte man sie überhaupt noch begehen? Macht es heute noch Sinn, Feste zu feiern, deren Sitz im Leben erst erschlossen werden muss? Wäre es nicht einfacher, Festfeiern zu kreieren, die sich mit dem Lebensgefühl heutiger Lebender decken?

Alle christlichen Feste sind in einer konkreten Zeit entstanden. In der Regel haben sie eine lange Geschichte und beleuchten die religiösen Fragen, die Menschen bisweilen über einen langen Zeitraum hinweg umgetrieben haben. In den Gebetstexten und in den rituellen Formen spiegeln sich dann auch die Glaubenserfahrungen dieser Zeit. Der Erfahrungshorizont der heute Lebenden ist jedoch oft ein anderer, als die Feste der Liturgie vorlegen. Vielen ist die Bilderwelt, die die biblischen und liturgischen Texte entfalten, nicht sogleich zugänglich. Hat sich aber damit die Liturgie erledigt? Sind die Feiern des kirchlichen Kalenders damit passé?

Wagen wir den Vergleich mit einem Kunstwerk, einem Bild oder einer Skulptur. Auch ein Kunstwerk bedient sich oftmals einer Sprache, die nicht immer genau die Sprache des oder der Betrachtenden ist. Wenn man ein Kunstwerk verstehen will, bedarf es der Bereitschaft des Betrachtenden, sich der Sprache des Kunstwerkes zu öffnen. Was will der Künstler oder die Künstlerin ausdrücken, und wie vermittelt er oder sie diese Botschaft? Ist es die Verwendung der Farben? Oder das gewählte Material? Welche Empfindungen löst das Kunstwerk aus? Was erzählt es mir? Bemerkenswert ist, dass die Begegnung mit dem Kunstwerk die betrachtende Person verändert – oder zumindest verändern kann. Ein Kunstwerk vermag zu bereichern und neue Horizonte zu eröffnen. Im gewissen Sinn nämlich stellt es den Betrachter oder die Betrachterin auf die Probe: Es setzt Wahrheit ins Werk, eine volle Wahrheit, und erprobt dadurch, ob der oder die Erfahrende in seinem beziehungsweise ihrem Bewusstsein weit genug ist, diese Wahrheit wahrzunehmen und in der eigenen Existenz umzusetzen. Ein Kunstwerk erprobt aber nicht nur, es befreit auch, da die betrachtende Person die Enge des eigenen Bewusstseins verlassen kann und ihr verhelfen kann, sich Neuem zu öffnen.

Was für alle Vergleiche zutrifft, gilt auch für diesen: Er hinkt natürlich! Es bleibt ein Problem, dass die Feste des kirchlichen Kalenders fremd geworden sind. Sie werden erst vertraut(er), wenn man sich ihnen nähert und die Bereitschaft mitbringt, sich durch sie konfrontieren und verändern zu lassen.

Doch dies gilt nicht nur für die Feste der Christenheit, sondern wird überall dort evident, wo sich das ereignet, was wir «Kultur» nennen. Und trotzdem: So wie Menschen in vergangener Zeit ihre (Glaubens-)Fragen in die religiösen Feste hineintrugen, so müssen auch die jetzt Lebenden ihre Lebenswelt in die gottesdienstlichen Feiern einbringen können.

BIRGIT JEGGLE-MERZ lehrt Liturgiewissenschaft an der Theologischen Hochschule Chur und an der Universität Luzern.

# Die Mitte verliert ein weiteres Mitglied

CVP-Grossrat Roman Cantieni aus Ilanz wechselt zu den Sozialdemokraten. Dort erhofft er sich eine neue politische Heimat und grössere Wahlchancen.

► OLIVIER BERGER

**A**

Am Montag soll die Fusion zwischen BDP und CVP zur neuen Partei Die Mitte auch in Graubünden offiziell beschlossen werden. Bereits jetzt ist klar: Die neue Fraktion verliert ein weiteres Mitglied. Der bisherige CVP-Grossrat Roman Cantieni wechselt per sofort zur SP-Fraktion. Cantieni bestätigte am Dienstag einen entsprechenden Bericht in der romanischsprachigen Tageszeitung «La Quotidiana». Cantieni ist nicht der erste Abgang aus der neuen Fraktion. Bereits Ende des vergangenen Jahres hatten zwei ursprünglich für die BDP gewählte Volksvertreter ihrer Fraktion den Rücken gekehrt. Oliver Hohl politisiert seither in den Reihen der FDP, Benjamin Hefti zog es in die SVP-Fraktion.

Immer eher links

Cantieni ist nicht der erste Abgang aus der neuen Fraktion. Bereits Ende des vergangenen Jahres hatten zwei ursprünglich für die BDP gewählte Volksvertreter ihrer Fraktion den Rücken gekehrt. Oliver Hohl politisiert seither in den Reihen der FDP, Benjamin Hefti zog es in die SVP-Fraktion. Ein wenig hat Cantienis Entscheid doch mit der geplanten Fusion zu tun. Schon innerhalb der CVP sei er mit seinen Ideen in den vergangenen Jahren nicht wirklich durchgedrungen. Er glaube nicht, dass eine künftige Mitte-Fraktion seine Anliegen ver-



Die Wahlchancen im Blick: Roman Cantieni (rechts) wird künftig nicht mit Heidi Clalüna in der Mitte-Fraktion politisieren, sondern mit der SP von Ratskollege Patrik Degiacomi. (FOTO OLIVIA AEBLI-ITEM)

mehrt vertreten würde, so Cantieni. «Ich habe mir überlegt, mit der Politik aufzuhören, aber dafür fühle ich mich noch zu jung.» Stattdessen habe er sich Alternativen überlegt. «Da lag die SP nahe, auch, weil ich mich deren Mitgliedern auch im Grossen Rat immer nahe gefühlt habe, politisch und persönlich.»

Allerdings verschweigt Cantieni auch nicht, dass er sich durch seinen Parteienwechsel mehr politisches Gewicht verspricht. «Mit dem neuen Wahlsystem und auf einer Mitte-Liste hätte ich meinen Sitz im kommenden Jahr wohl kaum verteidigt», räumte er am Dienstag ein. Innerhalb der «jungen, initiativen SP Surselva» hoffe er, sich auch

weiterhin im Grossen Rat für seine politischen Anliegen einsetzen zu können.

Präsidenten sind gelassen

Befürchtungen, dass das Beispiel von Cantieni Schule machen wird, hat die CVP Graubünden nicht. «Wir haben keinen Hinweis darauf, dass weitere Mitglieder unserer bisherigen Fraktion diese verlassen wollen», erklärte der amtierende CVP-Präsident Kevin Brunold am Dienstag auf Anfrage dieser Zeitung. «Auch die Rückmeldungen zur anstehenden Fusion deuten nicht auf weitere Abgänge hin.» Es sei «nicht ausgeschlossen», dass nach vollzogener Fusion

einzelne Mitglieder der bisherigen BDP die Mitte Graubünden verlassen würden, sagte Martin Bettinaglio, Geschäftsleitungsmitglied der BDP Graubünden und stellvertretender Leiter der gemeinsamen Arbeitsgruppe BDP/CVP. «Falls dies der Fall sein wird, erfolgt die Kommunikation nächste Woche.» Dass einzelne Mandatsträger um ihre Wiederwahl fürchten, ist für Bettinaglio durchaus nachvollziehbar. «Ich denke schon, dass es gerade in Majorz-Hochburgen, egal welcher Partei im Kanton, zu Kämpfen kommen kann. Ob jemand deswegen die Partei wechselt oder nicht, muss jede und jeder für sich selber entscheiden.»